

Anlage 2

Vorbemerkung:

Die Neustrukturierung des Beschäftigtenbereiches durch den TVöD wurde in die Bestandsaufnahme übernommen. Dabei wurde soweit als möglich die Vergleichbarkeit mit dem Vergleichszeitraum 2000 – 2003 erreicht. In einzelnen Entgelt- bzw. Bereichsgruppen kommt es zu einer Zusammenfassung bzw. Verschiebung von Zahlen, die sich aber nicht auf die Analyse auswirkt.

Analyse der Beschäftigtenstruktur

Unter Berücksichtigung des Ist-Standes vom 31.03.2003 und der Bestandserhebung zum 31.03.2006 haben sich die nachfolgend aufgeführten Veränderungen ergeben:

Anzahl der Beschäftigten

Stand	31.03.2003		31.03.2006	
	in Zahlen	in Prozent	in Zahlen	in Prozent
Insgesamt	1031	100,0	1031	100,0
Frauen	593	57,5	594	57,6
Männer	453	42,5	437	42,4

- o Der Anteil der weiblichen Beschäftigten wurde im Vergleichszeitraum unwesentlich erhöht (0,1%, Vergleichszeitraum 2000 / 2003: 2,6%).

Teilzeitbeschäftigte

Stand	31.03.2003		31.3.2006					
	in Zahlen	in Prozent	in Zahlen	in Prozent	Alters-Teilzeit	in Prozent	Andere Gründe	in Prozent
Insgesamt	274	100,0	314*	100,0	33	100,0	281	100,0
Frauen	262	95,6	280*	89,2	14	42,4	266	94,7
Männer	12	4,4	34*	10,8	19	57,6	15	5,3

* erstmals sind hier die Fälle der Altersteilzeit mit eingerechnet

Nach wie vor nehmen fast ausschließlich Frauen die Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung, insbesondere zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wahr. Der Anteil der Männer ist seit 2003 leicht steigend.

Befristet Beschäftigte

Stand	31.03.2003		31.03.2006	
	in Zahlen	in Prozent	in Zahlen	in Prozent
Insgesamt	31	100,0	29	100,0
Frauen	25	80,6	19	65,5
Männer	6	19,4	10	34,5

Die Anzahl der befristet Beschäftigten ist im Vergleichszeitraum gesunken. Zudem hat sich die Verteilung in den einzelnen Beschäftigungsbereichen verändert (s. Tabellen 7, 12 und 14). Neben dem bisherigen Hauptgrund für Befristungen – Vertretungen für beurlaubte Mütter oder Väter –, nimmt die Zahl der Zeitverträge für befristet eingerichtete Projekte zu. Grund für Beides ist die zunehmende Umsetzung von Stelleneinsparungen durch Umorganisationen im Rahmen der Bestrebungen zur Haushaltskonsolidierung.

Wie in der Vergleichsbetrachtung 2000 / 2003 sind in der **allgemeinen Verwaltung** Frauen weiterhin in der Endstufe des mittleren Dienstes (A 9) und im gehobenen Dienst von der Besoldungsstufe A 11 an noch nicht entsprechend der Forderung des § 6 Abs. 3 Landesgleichstellungsgesetz mit einem Anteil von 50 % vertreten. Dies gilt vergleichbar im Bereich der Angestellten von der Entgeltgruppe 10 TVöD an. Insgesamt hat sich hier jedoch auch im Zeitraum von 2003 – 2006 der Anteil der Frauen erhöht. Im Durchschnitt sind in diesen Bereichen insgesamt 44,1% Frauen (2000: 30,9 %, 2003: 36,5%) beschäftigt.

Im höheren Dienst ist der Anteil der Frauen weiterhin gestiegen auf nunmehr 23,8 % (2000: 6,9%, 2003: 17,1%), wobei sie fast ausschließlich in den Eingangssämtern vertreten sind.

In den **übrigen Bereichen** (Sozial- und Erziehungsdienst, Medizinische Berufe, Reinigungsdienst) sind Frauen paritätisch bzw. überproportional vertreten. Allerdings sind gehobene Positionen überwiegend mit Männern besetzt. Personelle Veränderungen hat es im Bereich dieser Positionen von 2003 – 2006 nicht gegeben. Auch für die nächsten drei Jahre ist mit einer Veränderung nicht zu rechnen.

Darüber hinaus handelt es sich sowohl beim Erziehungsdienst als auch beim Reinigungsdienst um Tätigkeiten, die auf Grund der kaum vorhandenen Weiterentwicklungsmöglichkeiten und der vergleichsweise geringen Bezahlung von Männern bisher kaum oder gar nicht angestrebt wurden.

In den Tätigkeitsfeldern der **technischen Berufe** sind Frauen generell unterrepräsentiert. Insgesamt konnte der Frauenanteil allerdings leicht erhöht werden. Im Zeitraum 2007 – 2009 sind durch Erreichen der Altersgrenze bzw. auf Grund von Altersteilzeit drei Stellen neu zu besetzen, so dass erneut die Möglichkeit besteht, den Frauenanteil weiter zu erhöhen.

Anteil der Frauen in Funktionsstellen

Stand	31.03.2003	31.03.2006
Insgesamt	34 %	36,2 %
Produktverantwortung	42,9 %	48,2 %
Stabstellen	33,3 %	50 %
Sachgebietsleitung	26,8 %	18,9 %
Fachbereichs-/ Fachdienstleitung	0 %	0 %

Im Bereich der Funktionsstellen ist insgesamt zum Vergleichszeitraum nur noch eine leichte Verbesserung der Situation eingetreten.

Bei den Stabsstellen hat es eine erhebliche Verbesserung gegeben (Anstieg von 33,3% auf 50%). Die im Vergleichszeitraum freigewordenen beiden Stellen wurden mit Frauen nachbesetzt. Im Bereich der mittleren Führungsebene (Sachgebietsleitungen) ist dagegen der Anteil der Frauen gesunken und erschwert somit ein Nachrücken von Frauen in die obere Führungsebene. Hier ist durch Fördermaßnahmen gegenzusteuern.

Festzustellen bleibt, dass – wie im Vergleichszeitraum – nach wie vor keine Fachbereichs- oder Fachdienstleitung durch eine Frau wahrgenommen wird. Veränderungen sind hier auf Grund der Altersstruktur und bereits getroffener Nachbesetzungsentscheidungen in den Jahren 2007 bis 2009 nicht zu erwarten.

Den Vorgaben des Frauenförderplans für den Zeitraum 2003 bis 2006 wurde Rechnung getragen. Auf Grund der durch die finanzielle Entwicklung des Kreishaushaltes fortgeführten aufgabenkritischen Betrachtungen und damit verbundenen Stelleneinsparungen waren wie bereits im Vergleichszeitraum über die Vorgaben hinausgehende Verbesserungen nicht möglich.

Bei den in den Jahren 2007 bis 2009 **freiwerdenden Stellen** wurden die sich durch Erreichen der Regelaltersgrenze (65. Lebensjahr) bzw. durch Altersteilzeit ergebenden Veränderungen erfasst. Darüber hinaus gehende Erhebungen sind hypothetisch, da es sich um persönliche Entscheidungen handelt (z.B. Ausscheiden bei Erreichen der Antragsaltersgrenze = 63. Lebensjahr, Ausscheiden aus anderen Gründen), die im Einzelfall nicht voraussehbar sind und daher keine Planungsgrundlage darstellen können.

Im Ergebnis ist festzustellen, dass mehr Stellen von Männern (14) als Frauen (2) in den Bereichen freiwerden, in denen Frauen unterrepräsentiert sind. Wieder zu besetzende Stellen sind bei gleicher Qualifikation vorrangig mit Frauen zu besetzen.

Bei der Betrachtung aller Bereiche eröffnen sich für den Zeitraum von 2007 bis 2009 erneut Möglichkeiten, der Zielvorgabe des Landesgleichstellungsgesetzes näher zu kommen.